

Postulat Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Keine „NO go areas“ in der Stadt Bern

Die Grosse Schanze und das Gebiet um die Schützenmatte (neben anderen wie beispielsweise die Aarberggasse) gelten in Bezug auf die Sicherheit als Problemzonen. Obwohl schwere Straftaten, z.B. Raubüberfälle, Körperverletzungen und Drogenhandel häufig sind und erst vor wenigen Wochen ein Mann an seinen durch einen körperlichen Angriff erlittenen Verletzungen verstorben und eine 13-jährige Verkäuferin von WWF-Karten in der Altstadt brutal überfallen worden ist, wurde der Problematik von Seiten des Gemeinderates bisher nicht die nötige Beachtung geschenkt. So sind über die Jahre Zonen entstanden, die von Passanten zumindest zu gewissen Zeiten gemieden werden – und dies in der vergleichsweise kleinen Stadt Bern – notabene mitten im Zentrum.

Die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE) hat in den vergangenen Monaten eine Umfrage bei der Bevölkerung zum subjektiven Sicherheitsgefühl durchgeführt. Diese hat offenbar ergeben, dass 41% der befragten Passanten die Grosse Schanze bei Nacht meiden. Sie alle, insbesondere junge Frauen forderten mehr Polizeipräsenz und gaben teilweise an, die Grosse Schanze in der Nacht zu umgehen. Die Geschäftsführerin des SBB-Personalrestaurants äusserte die Vermutung, dass ihr Betrieb wegen der schlechten Sicherheitslage Umsatzeinbussen hinzunehmen hat. Für ihr Personal habe sie aus Sicherheitsgründen eine direkte Sicherheitshotline zu Securitrans einrichten lassen.

Den Medien vom 15. August 2008 (Bund und BZ) und vom 25. Oktober 2008 (Bund) ist zu entnehmen, dass die SUE ein neues Sicherheitskonzept ausarbeite und konkrete Massnahmen prüfe. Dabei gehe es u.a. um eine Verbesserung der Beleuchtung oder eine Belebung des Gebietes. Angesprochen wurde auch die Möglichkeit einer Überwachung durch Videokameras.

Dass sich die Sicherheitsdirektion der Problematik annimmt, ist grundsätzlich zu begrüßen. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Problematik dürfte sich die Situation aber nicht allein mit punktuellen Einzelmassnahmen seitens der Sicherheitsdirektion nachhaltig und längerfristig verbessern lassen. Vielmehr müsste sich der Gesamtgemeinderat endlich der Thematik annehmen und gemeinsam mit allen Beteiligten und Betroffenen die Situation à fonds aufarbeiten. Nebst mehr Polizeipräsenz und einer konsequenten Strafverfolgung gehören dazu insbesondere bauliche und verkehrstechnische Massnahmen sowohl im Bereich der Grossen Schanze als auch und insbesondere rund um die trostlose und unzureichend genutzte Schützenmatte. Würden diese Gebiete zu einladenden Eintrittspforten in das Stadtzentrum umgestaltet, gäbe es hier wohl auch weniger Sicherheitsprobleme.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, die nötigen Massnahmen zu treffen, damit

1. in einem ersten Schritt rasch möglichst die Sicherheitslage an den neuralgischen Punkten insbesondere auf der Grossen Schanze und im Gebiet der Schützenmatte im Rahmen eines alle Direktionen, Amtsstellen und Betroffenen mit einbeziehenden Gesamtkonzeptes längerfristig und nachhaltig messbar verbessert wird;
2. in einem zweiten Schritt die Grosse Schanze und das Gebiet rund um die Schützenmatte städtebaulich und verkehrstechnisch dergestalt aufgewertet wird, dass diese ihrer Bedeutung als zentrale Orte der Bundeshauptstadt gerecht werden.

Bern, 30. Oktober 2008

Postulat Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP), Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Karin Feuz-Ramseyer, Dannie Jost, Philippe Müller, Bernhard Eicher, Yves Seydoux, Markus Kiener, Thomas Balmer

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat beobachtet die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Bern laufend und trifft die angezeigten politischen und strategischen Entscheide. Für die operative Sicherheit ist seit 1. Januar 2008 die Kantonspolizei zuständig und verantwortlich. Auch die Kantonspolizei verfolgt eine eng auf die Lageentwicklung abgestimmte Schwerpunktsetzung. Mit der Schwerpunktsetzung kann gerade an neuralgischen Brennpunkten der Stadt Bern jederzeit die adäquate Sicherheitsmassnahme getroffen werden. Dennoch lassen sich leider strafbare Handlungen - wie weltweit - auch in Bern nicht verhindern.

Entgegen der Darstellung der Postulantinnen und Postulanten verfolgt der Gemeinderat auch im Bereich der Sicherheit eine vernetzte und gesamtheitliche Politik. Darin einbezogen sind neben repressiven ebenso präventive Sicherheitsmassnahmen. Auch gestalterische, bauliche und verkehrstechnische Massnahmen werden an neuralgischen Punkten geprüft und - sofern sinnvoll und realisierbar - umgesetzt.

Ein besonderes Anliegen ist dem Gemeinderat die Gewährleistung des subjektiven Sicherheitsempfindens. Dies kann durchaus durch sichtbare Polizeipräsenz, städtebauliche Massnahmen oder eine optimierte Beleuchtung positiv beeinflusst werden. Neben staatlichen Massnahmen kommt auch einer ausgewogenen sozialen Durchmischung eine grosse Bedeutung zu. Im Bereich des subjektiven Sicherheitsempfindens sind deshalb neben staatlichen Interventionen auch die Initiative von Wirtschaft und Gesellschaft gefragt.

Zurzeit sind auch bezüglich der von den Postulantinnen und Postulanten erwähnten Grossen Schanze spezifische Massnahmen in Prüfung bzw. Bearbeitung. Die Situation auf der Grossen Schanze wird grundsätzlich analysiert und es soll ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. Als Sofortmassnahme ist geplant, die Beleuchtung zu optimieren. In der Schützenmatte werden in enger Zusammenarbeit mit dem Regierungsstatthalteramt Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheitssituation geprüft. Bauliche Massnahmen dürften hier innert kurzer Frist schwieriger umsetzbar sein, da es gilt, solche Massnahmen mit dem Projekt „Zukunft Bahnhof Bern“ (ZBB) zu koordinieren.

Der Gemeinderat ist bereit, dem Stadtrat über Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage an neuralgischen Punkten - insbesondere im Bereich der Grossen Schanze und Schützenmatte - Bericht zu erstatten.

Abschliessend möchte der Gemeinderat festhalten, dass die von den Postulantinnen und Postulanten erwähnte Begrifflichkeit „no go areas“ für die Sicherheitssituation in der Stadt Bern nicht adäquat ist. Bern ist eine relativ sichere Stadt. Dies zeigen Kriminalitätsstatistik ebenso wie Städtevergleiche und Umfragen zum Sicherheitsempfinden. Bern ist insgesamt eine lebhafteste Stadt. Keine der Stadtteile und darin lebende Wohnbevölkerung verdient die im Postulat erwähnte Brandmarkung eines „no go areas“. Dass es auch in der Stadt Bern neuralgische Orte gibt, welche im Rahmen des Sicherheitsmanagements besonderer Aufmerksam-

keit bedürfen, ist dem Gemeinderat bekannt, weshalb Massnahmen laufend geprüft und umgesetzt werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Kosten hängen von den jeweils notwendigen Massnahmen ab und sind im Voraus nicht abschätzbar.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 29. April 2009

Der Gemeinderat